

20.16

**Bundesrätin Monika Mühlwerth** (FPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Ich finde das schon interessant, dass gestern in der Ausschusssitzung – ich finde es nicht an und für sich interessant, dass die Koalition einem Antrag der Freiheitlichen keine Zustimmung gibt – die beiden burgenländischen Vertreter, die vom Land Burgenland entsandten Bundesräte, auch dagegen gestimmt haben, gegen eine Resolution ihrer eigenen Partei. Das finde ich schon sehr erstaunlich, muss ich sagen.

Sie sind vom Land Burgenland entsandt, eigentlich wären Sie Vertreter Ihres Landeshauptmanns. Es ist ja keine ... (*Bundesrätin **Posch-Gruska**: Des Landes! – Bundesrat **Schennach**: Des Landtages! – Bundesminister **Stöger**: Des Landtages!*) – Sie sind Entsandte des Landes Burgenland, entsandt durch den Landtag. Das ist ja eine Resolution. Das hat ja nicht die rot-blaue Koalition beschlossen, sondern die SPÖ Burgenland.

Auch wenn man als burgenländischer Bundesrat oder burgenländische Bundesrätin nicht so ein Freund der rot-blauen Koalition ist – ich würde sagen, dass nicht jeder mit großer Freude oder mit hundertprozentiger Freude dafür gewesen sein wird –, ist das dennoch Ihre Partei.

Da geht es darum – Landeshauptmann Hans Niessl spricht Klartext –:

„Der Arbeitsmarkt in Österreich ist an einem Scheideweg angelangt. Die Arbeitslosenzahlen sind speziell im letzten Jahr besorgniserregend gestiegen, mit Tendenz nach oben. Um das Gefüge in unserem Sozialstaat nicht zu gefährden, müssen jetzt entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.“

Man hat sich aus diesem Grund den Direktor der Arbeiterkammer, Werner Muhm – ebenfalls Sozialdemokrat –, eingeladen. Da fordert die burgenländische Sozialdemokratie die Bundesregierung auf, verschiedene Punkte zur Verbesserung des heimischen Arbeitsmarktes umzusetzen.

Und das sagt Niessl:

„Das Burgenland steht – trotz mehrjähriger Beschäftigungsrekorden“ – am Arbeitsmarkt – „ – im Vergleich mit anderen Bundesländern am meisten unter Druck. Die Tatsache, dass rund eine Million Menschen eine halbe Stunde von der burgenländischen Grenze entfernt leben, zeigt auf, wie sehr der burgenländische Arbeitsmarkt von der Arbeitnehmerfreizügigkeit betroffen ist. Da das durchschnittliche Lohnniveau in diesen Ländern um zwei Drittel niedriger ist als in Österreich,

verwundert es nicht, dass Menschen aus der Slowakei, Ungarn und Slowenien auf den österreichischen, im speziellen auf den burgenländischen Arbeitsmarkt drängen. (...)

Die Voraussetzungen für einen ausbalancierten gemeinsamen Arbeitsmarkt sind daher noch immer nicht gegeben. Die Entscheidungsgrundlagen haben sich als falsch erwiesen. Daher müssen auch die dementsprechenden Beschlüsse geändert werden.“

Das sagt Landeshauptmann Niessl. Daher fordert die SPÖ Burgenland eine neue Schutzklausel:

„In Bereichen, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, etwa im Bau- und Baunebengewerbe, aber auch in anderen noch zu definierenden Branchen“ will er im Konkreten „temporale und sektorale Beschränkung der europaweiten Personenfreizügigkeit“ (*Bundesrat Schennach: Das geht nicht!*) und fordert „die Bundesregierung auf, Gespräche auf europäischer Ebene zu führen, um eine neue Schutzklausel schnellstmöglich zu erwirken.“ (*Bundesrat Schennach: Das geht aber nicht!*)

Nichts anderes macht er, als die Bundesregierung aufzufordern, entsprechende Gespräche zu führen.

Des Weiteren drängt er auf eine „Verschärfung der arbeitsrechtlichen Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

„Das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ muss lückenlos gelten, natürlich auch unter Einbeziehung aller Sozialversicherungsbeiträge“ – so Landeshauptmann Niessl. Beispielsweise soll ein ausländischer Arbeitnehmer künftig „für seine nicht in Österreich lebenden Kinder eine geringere Familienbeihilfe beziehen, als für Kinder, die in Österreich leben und aufwachsen.“

Darüber hinaus fordert Niessl – das ist die Forderung an die Bundesregierung –: „Einschränkungen im Sozialsystem für ausländische (...) Arbeitnehmer“, verschärfte „Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping“ – da sind Sie ja normalerweise immer dabei, bei den verschärften Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, also warum da nicht? –, „Aufstockung von Finanzpolizei“, eine „moralische Verantwortung für österreichische Unternehmen (...), in erster Linie in Österreich arbeitslos gemeldete Menschen einzustellen“ und eine „gesellschaftliche Verpflichtung“ der österreichischen Wirtschaft, „für die Lehrausbildung von jungen Menschen zu sorgen“.

Wir haben diese Resolution in die Präambel gepackt, und der Antragstext lautet: „Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird ersucht, dem Parlament eine Gesetzesvorlage zuzuleiten, die jene Punkte im Arbeitsmarkt- und Sozialrecht umsetzt, die im sogenannten

Burgenländischen Modell, auf der Grundlage des dazu beschlossenen SPÖ-Resolutionsantrags beinhaltet sind.“

So, und jetzt bin ich wirklich gespannt, ob Sie es noch einmal ablehnen. Das sind **ihre** Genossen, die das fordern (*Bundesrat Schennach: Ja, was rechtlich nicht geht!*), nicht die FPÖ, obwohl es durchaus von uns geschrieben sein könnte. Es sind Ihre Genossen, die das wollen, und es ist Ihr Landeshauptmann, der das sagt! (*Zwischenrufe bei der SPÖ sowie des Bundesrates Längle.*) – So, das ist Ihnen wurscht. (*Zwischenruf des Bundesrates Schennach.*) Ja, in dem Fall stimmt es tatsächlich: Was Kollege Schödinger in Bezug auf Hofer heute gesagt hat, war falsch und unrichtig. Aber bei Ihnen ist es richtig: Was Landeshauptmann Niessl, SPÖ, sagt, ist Ihnen wurscht. (*Bundesrat Schennach: Nein, das ist falsch! – Bundesrätin Grimling: Nein, falsch!*) – Okay, ich nehme das zur Kenntnis. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir sind für diesen Antrag. Wir halten das für eine gute Maßnahme, weil unsere eigenen Arbeitnehmer wirklich unter Druck gekommen sind. Wir haben fast eine halbe Million Arbeitslose. – Das ist uns **nicht** wurscht. Und daher sind alle Maßnahmen, die dazu dienen können, das zu verbessern, zu unterstützen. Aber es schaut so aus, als ob die Freiheitlichen die Einzigen wären, die so etwas unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ. – Bundesrat Mayer: Na, na, na!*)

20.22

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Mayer. Ich erteile es ihm.